

Argumente und Forderungen zur Bundestagswahl 2025

Sekunden bis zur Katastrophe – Für nukleare Deeskalation und Abrüstung JETZT!

Am 23. Februar 2025 wird die vorgezogene Wahl zum Deutschen Bundestag stattfinden. In dem kurzen und intensiven Wahlkampf muss die nukleare Abrüstung eine wichtige Rolle spielen, weil die Welt noch nie so nah an einer nuklearen Katastrophe stand wie heute. Alle Atomwaffenstaaten modernisieren ihre Arsenale, einige bauen sie aus. Mehrere Atomwaffenstaaten sind in Kriege verwickelt, zum Teil haben sie mit dem Einsatz von Atomwaffen gedroht.

Wie könnt ihr euch beteiligen? Kontaktiert die Kandidat*innen in eurem Wahlkreis per E-Mail, Telefon oder Brief und kommt an Straßenständen oder bei Veranstaltungen mit ihnen ins Gespräch. Hier bieten wir euch eine Argumentationshilfe und passende Forderungen für einen Text oder ein Gespräch.

Zusätzlich könnt ihr den Direktkandidierenden aus eurem Wahlkreis ganz einfach die Aktions-E-Mail „Atomwaffen abwählen“ schicken. Geht dazu auf <https://atomwaffen-abwaehlen.de>.

Die Folgen eines Angriffs mit Atomwaffen können von keinem Gesundheitssystem der Welt bewältigt werden. Die Detonation einer einzigen Atomwaffe über einer Großstadt würde zu hunderttausenden Toten und Verletzten führen. Die radioaktive Strahlung würde noch in späteren Generationen zu Krankheiten führen. Dies alles wird der Welt heute noch immer durch die Atombombenabwürfe in Hiroshima und Nagasaki vor fast 80 Jahren gezeigt. Und niemand kann garantieren, dass es beim Einsatz einer einzelnen Atombombe bleiben würde. Die Eskalation in einen Atomkrieg würde unmittelbar viele Millionen Todesopfer fordern. Die Verdunkelung der Atmosphäre durch Ruß und Staub würde zu jahrelangen Ernteauffällen und zu einer globalen Hungersnot führen.

Auch Deutschland beteiligt sich an der allgemeinen – und indirekt auch an der nuklearen Aufrüstung: US-Atombomben lagern im Rahmen der nuklearen Teilhabe der NATO in Büchel/Rheinland-Pfalz. Sie werden derzeit durch neue Bomben des Typs B61-12 ersetzt. Diese qualitative Aufrüstung verschärft die ohnehin hohen Spannungen weiter. Zudem macht sie Deutschland zur Zielscheibe, denn der Standort der Bomben ist bekannt und wäre im Kriegsfall ein erstes Angriffsziel. 10 Milliarden Euro sind für neue F35-Trägerflugzeuge in Büchel vorgesehen. Eine weitere Verschärfung bringt die geplante Stationierung von US-amerikanischen Mittelstreckenwaffen in Deutschland ab 2026.

Der UN-Atomwaffenverbotsvertrag, seit 2021 in Kraft, ist ein Meilenstein der nuklearen Abrüstung!

Der Vertrag bietet einen Lösungsansatz: Bereits 73 Staaten sind ihm beigetreten (94 haben ihn unterzeichnet) und machen damit klar, dass Atomwaffen kein legitimes Mittel der internationalen Politik sind. Statt weiter in Atomwaffen zu investieren, müssen die Betroffenen der Einsätze in Hiroshima und Nagasaki und der über 2.000 Atomwaffentests angehört, anerkannt und bei der Bearbeitung der bis heute andauernden Auswirkungen unterstützt werden.

Die Gefahr eines einzelnen Nuklearschlags, aber auch eines Atomkriegs ist real! Sei es durch eine militärische Eskalation oder durch Unfälle oder menschliche Fehler, wie es sie in der Vergangenheit bereits mehrfach gegeben hat. Deutschland trägt ein besonderes Risiko und eine besondere Verantwortung, sich für nukleare Abrüstung und Deeskalation einzusetzen.

Unsere Kernforderungen zur Bundestagswahl 2025

- 1__ Die Bundesregierung muss die weltweite Ächtung von Atomwaffen vorantreiben und den Atomwaffenverbotsvertrag der UN unterzeichnen.
- 2__ Wir fordern einen sofortigen Abzug der US-Atombomben aus Deutschland. Es dürfen keine Atomwaffen in Deutschland stationiert sein.
- 3__ Die nukleare Teilhabe in der NATO muss beendet werden. Es dürfen dafür keine Bundeswehr-Pilot*innen und Kampfflugzeuge zur Verfügung gestellt bzw. Flugzeuge neu angeschafft werden.
- 4__ In Deutschland dürfen keine Mittelstreckenwaffen stationiert werden.

Forderungen für Zwischenschritte auf dem Weg zu einer atomwaffenfreien Welt

Diese können auch von Parteien eingefordert werden, die unsere Kernforderungen realistischerweise nicht unterstützen:

- 5__ Es ist nötig, dass Deutschland im Rahmen der Vereinten Nationen einen wesentlichen finanziellen, materiellen und politischen Beitrag für Umweltsanierung und Opferhilfe in ehemaligen Atomwaffentest- und Uranabbaugebieten leistet.
- 6__ Um langfristig Sicherheit und Frieden in Europa zu wahren, muss die Rolle von Atomwaffen in den Sicherheitsstrategien aller Atomwaffenstaaten reduziert werden. Deutschland ist in der Verantwortung, entsprechende Initiativen innerhalb der NATO voranzubringen – etwa einen klaren Verzicht auf nukleare Erstschläge.
- 7__ Deutschland sollte sich für die Durchführung aktueller wissenschaftlicher Studien zu den humanitären- und Umweltfolgen von Atomwaffen einsetzen.
- 8__ Das Ziel bleibt ein Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag (AVV). Bis dahin muss die Bundesregierung als offizielle Beobachterin an den Staatenkonferenzen des AVV teilnehmen und ihn konstruktiv begleiten.
- 9__ Innerhalb der NATO ist es an Deutschland, sich dafür einzusetzen, dass die Bündnispartner*innen den Atomwaffenverbotsvertrag der UN unterstützen und ihm perspektivisch beitreten.
- 10__ Die Bundesregierung muss sich zu dem Ziel bekennen, perspektivisch die Stationierung der US-Atomwaffen in Deutschland zu beenden.
- 11__ Deutschland muss sich für Rüstungskontroll- und Abrüstungsgespräche stark machen mit dem Ziel einer multilateralen Vereinbarung zur Begrenzung und zum Verbot von Mittelstreckenwaffen.

Anknüpfungspunkte für einzelne Parteien

So kann begründet werden, warum sich Vertreter*innen bestimmter Parteien für unsere Forderungen einsetzen sollten:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN berufen sich auf eine wertegeleitete Außenpolitik. Das grüne Grundsatzprogramm fordert ein atomwaffenfreies Deutschland, ein zügiges Ende der nuklearen Teilhabe und den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag. Nukleare Abrüstung und die Unterstützung Betroffener sind eng mit Klimaschutz, der Aufarbeitung kolonialer Vergangenheit und einer feministischen Politik verbunden. Es war ein richtiges und wichtiges Signal, dass das grüne Außenministerium alle AVV-Staatenkonferenzen beobachtet hat und sich für Hilfen für die von Atomwaffentests betroffenen Menschen und Regionen ausgesprochen hat. Nun sind weitere konkrete Schritte nötig.

Das **BÜNDNIS SAHRA WAGENKNECHT** steht laut eigenen Aussagen für eine konsequente Friedenspolitik, die auf Vernunft und Gerechtigkeit setzt. Atomwaffen sind das Gegenteil: Sie setzen das Überleben der Menschheit aufs Spiel! Zudem stehen die Atommächte und ihre Aufrüstung neuen Initiativen für gemeinsame Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa entgegen.

Die **CDU/CSU** beruft sich auf ein christliches Menschenbild. Atomwaffen und ihre Folgen sind mit einer christlichen Ethik jedoch nicht vereinbar, weshalb auch der Heilige Stuhl das Atomwaffenverbot unterstützt. Die Partei erhebt den Anspruch, für eine Wahrung des Völkerrechts sowie für den Schutz der multilateralen Ordnung zu stehen. Das muss eigentlich bedeuten, sich klar gegen jeden Einsatz von Atomwaffen zu stellen und den multilateralen Atomwaffenverbotsvertrag zu unterstützen, welcher bereits von 94 Staaten unterschrieben wurde (73 Ratifizierungen).

Die **FDP** setzte sich unter Außenminister Guido Westerwelle 2010 für den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland ein (damals mit 10 Prozent Zustimmung für die FDP in der Sonntagsfrage). Die internationale Förderung der Menschen- und Freiheitsrechte und des Völkerrechts ist der Partei sehr wichtig – das sind starke Gründe für atomare Abrüstung und Rüstungskontrolle. Auf Landesebene hat die FDP im Jahr 2019 in Rheinland-Pfalz für die Forderung eines deutschen Beitritts zum Atomwaffenverbotsvertrag gestimmt.

DIE LINKE fordert seit Jahren eine Politik, die Demokratie, Frieden und Völkerrecht mit zivilen Mitteln verteidigt und Alternativen zur militärischen Logik stark macht! Von allen Bundestagsparteien setzt sie sich am konsequentesten für nukleare Abrüstung und ein atomwaffenfreies Deutschland sowie für den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag ein. Es gilt, diesen Kurs beizubehalten.

Die **SPD** sieht sich in der Tradition Willy Brandts als Partei der Entspannung und des Dialogs. Sie vertritt die Überzeugung, dass ein Atomkrieg keine Gewinner*innen kennt und niemals geführt werden darf. In der Vergangenheit hat sich die SPD für Rüstungskontrolle, Nichtverbreitung und Schritte zu einer atomwaffenfreien Welt eingesetzt. Im Programm für die Bundestagswahl 2021 hat die SPD gefordert, dass Deutschland beobachtend an den Konferenzen zum Atomwaffenverbotsvertrag teilnehmen und die Intentionen des Vertrags konstruktiv begleiten soll.

Materialsammlung für weitere Argumente

Ohne Rüstung Leben (2023): *Was Sie über Atomwaffen wissen sollten.*

www.ohne-ruestung-leben.de/fileadmin/user_upload/drucke/kompakt-atomwaffen.pdf

ICAN Deutschland (2022): *Glücksspiel Atomwaffen. Das unterschätzte Risiko von Missverständnissen und Fehlern.*

www.icanw.de/wp-content/uploads/2022/12/Gluecksspiel_Atomwaffen_2022.pdf

ICAN Deutschland (2022): *Lasst uns realistisch sein. 11 Antworten auf die häufigsten Fragen und Kommentare zu Atomwaffen.*

www.icanw.de/wp-content/uploads/2022/06/Lets_be_realists_2022_FINAL_32S_web-1.pdf

ICAN Deutschland (2017): *Katastrophales humanitäres Leid.*

www.icanw.de/wp-content/uploads/2017/11/cch-booklet_2017_deutsch_web2.pdf

IPPNW Deutschland (2022): *Nukleare Hungersnot. Selbst ein „begrenzter“ Atomkrieg würde das Klima zerstören und eine weltweite Hungerkatastrophe auslösen.*

www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Atomwaffen/2022_Nukleare_Hungersnot_final_web.pdf

IPPNW Deutschland (2024): *Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland.*

www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/Mittelstreckenwaffen.pdf

Die IPPNW Deutschland und das Aktionsbündnis atomwaffenfrei.jetzt bieten ein umfassendes Online-Glossar zu wichtigen Themen, Ereignissen und Hintergründen rund um das Thema Atomwaffen:

www.atomwaffena-z.info

Dieses Dokument wird herausgegeben durch eine gemeinsame Arbeitsgruppe von ICAN Deutschland und dem Aktionsbündnis atomwaffenfrei.jetzt unter besonderer Mitarbeit der IPPNW Deutschland, der Friedenswerkstatt Mutlangen und von Ohne Rüstung Leben.

Inhaltlicher Stand: 11. Dezember 2024, leicht aktualisierte Version: 28. Januar 2025

www.atomwaffenfrei.de

www.icanw.de